

Editorial

Parlament hat Weitsicht bewiesen



Vor drei Jahren, in der Herbstsession 2012, verabschiedete das Parlament die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren

2013–2016. Das dominierende Thema war damals die Glättung des Mittelwachstums. Der Bundesrat plante für 2013 und 2014 nur eine moderate Zunahme; in der zweiten Hälfte der Periode sollte die Finanzierung aber steil ansteigen. Dieses unregelmässige Wachstum war dem Parlament ein Dorn im Auge, denn damit waren die stark zunehmenden Studierendenzahlen an den Hochschulen nicht zu bewältigen. Wir wehrten uns und erreichten ein ausgewogenes Wachstum.

Heute bestätigt sich: Die Zusatzmittel für die Wachstumsglättung waren elementar! Denn ausgerechnet in den einst als besonders wachstumsstark eingeschätzten Jahren muss der Bund nun sparen. Bereits 2015 wurden die Beiträge an die Hochschulen gekürzt. Und die geplanten Querschnittskürzungen im Budget 2016 betreffen auch den BFI-Bereich, der mit einem verlorenen Entwicklungsjahr rechnen muss.

Hätte das Parlament 2012 nicht darauf gepocht, die Mittel regelmässig über die Jahre zu verteilen, ginge die Periode 2013–2016 als wachstumsschwach in die Geschichte ein. Das muss uns eine Lehre sein! Ein starker BFI-Standort ist auf eine nachhaltige Finanzierung angewiesen. Nur so sind einzelne wachstumsschwächere Jahre verkraftbar.

Kathy Riklin

Nationalrätin,
Vorstandsmitglied Politikerteam FUTURE

BFI-Standort Schweiz

Die Schweizer Hochschulen spüren Gegenwind

Bund und Kantone stehen finanziell unter Druck. Von den eingeleiteten Sparmassnahmen werden Bildung und Forschung nicht verschont. Gleichzeitig ist die für den Wissensplatz Schweiz essentielle internationale Beteiligung ungewiss. Die Hochschulen spüren einen zunehmenden Gegenwind.

Wenn die 49. Legislatur des eidgenössischen Parlaments mit der Herbstsession 2015 endet, ist die Zukunft des Wissensplatzes Schweiz höchst ungewiss. Die Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Innovation (BFI) haben sich in jüngster Zeit verschlechtert. Einerseits sind die öffentlichen Investitionen für die Entwicklung des BFI-Systems ins Stocken geraten. Andererseits herrscht nach wie vor eine grosse Unsicherheit über die künftige internationale Vernetzung des Bildungs- und Forschungsplatzes Schweiz.

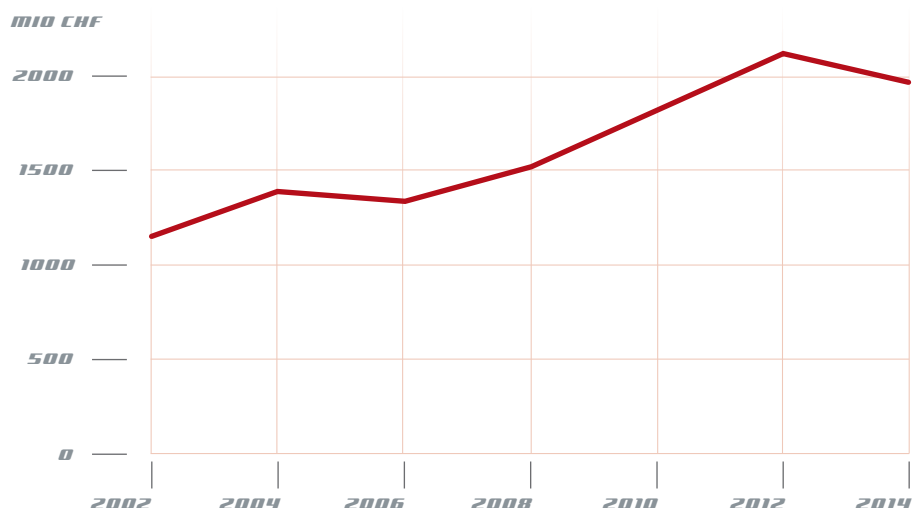
Seit Jahren sind Bildung und Forschung eine Priorität von Bundesrat, Parlament

und Kantonen. Die guten Rahmenbedingungen haben sich ausbezahlt: Die Schweizer Hochschulen und Forschungsstätten gehören heute zu den besten der Welt. Im Jahr 2014 kam es jedoch zu einem Umschwung: Die Beiträge des Bundes für Forschung und Entwicklung (F+E) gingen gegenüber 2012 um ganze sieben Prozent zurück. Die Investitionen sanken erstmals seit 2006, wie eine Studie des Bundesamtes für Statistik zeigt (siehe Grafik).

Dieser drastische Einbruch ist auf die Annahme der Initiative gegen Masseneinwanderung und die Sistierung der Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz am europäischen Rahmenprogramm Horizon 2020 zurückzuführen. Bis Ende 2016 gilt ein Vertrag über eine Teillasozierung. In der Folge wird die Mehrheit der Forschungsprojekte direkt durch den Bund finanziert, anstatt in Form von jährlichen Pauschalen an die Europäische Union. Ein Grossteil der Finanzlast wird somit auf kommende Jahre überwält.

Fortsetzung auf Seite 2

F+E-Aufwendungen des Bundes sanken 2014 um 7 Prozent



Quelle: BFS

Ende 2016 müssen die Schweiz und die EU entscheiden, ob sie den Vertrag über eine volle Assoziierung weiterführen – wie es das Ziel des Bundesrates ist. Andernfalls würde die Schweiz in den Drittlandstatus zurückfallen.

Kontingente bedrohen Exzellenz

Die Frage nach der Beteiligung am Forschungsrahmenprogramm der EU ist nicht die einzige Unsicherheit, welche die Hochschulen belastet. Sie verlieren auch an Anziehungskraft im Wettbewerb um die weltweit besten Köpfe. Ausserdem ist heute völlig ungewiss, wie das Schweizer Zuwanderungssystem funktionieren soll – sei es nun mit oder ohne Kontingente. Es ist fraglich, ob die Hochschulen noch ausreichend exzellentes Lehr- und Forschungspersonal rekrutieren können, um weiterhin in der Champions League der Wissenschaft mitspielen zu können.

Diese Unsicherheiten werden durch die aktuellen Sparmassnahmen des Bundes zusätzlich verschärft. Bereits für 2015 wurde die Wachstumsrate der Beiträge an die Hochschulen reduziert; und der Ausblick auf 2016 verheisst nichts Gutes: Der BFI-Bereich wird von den geplanten umfassenden Querschnittskürzungen nicht verschont; vom ursprünglich vorgesehenen Wachstum wird kaum mehr etwas übrig bleiben. Dieser Rückschlag auf Bundesebene erfolgt zu einem Zeitpunkt, in dem auch viele Kantone unter hohem finanziellen Druck stehen. Aktuellstes Beispiel ist die Universität Basel, die mit den Sparplänen von einem ihrer beiden Trägerkantone konfrontiert ist.

Die kommende Legislatur wird für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation richtungsweisend sein. An Herausforderungen mangelt es nicht: in der Nachwuchsförderung, in der medizinischen Ausbildung, im Wissens- und Technologietransfer sowie in der höheren Berufsbildung. Es ist an Bundesrat und Parlament, ihre Verantwortung wahrzunehmen und die Zukunft des Wissens- und Forschungsplatzes Schweiz zu sichern.

Schweizerischer Innovationspark

WBK-S lehnt Zweckbindung der Grundstückserlöse ab

In der Herbstsession entscheidet der Ständerat über die Unterstützung des Schweizerischen Innovationsparks (SIP). Vorgesehen sind zwei Massnahmen, mit denen der Bund die Errichtung des SIP fördern kann: Einerseits über eine Bürgschaft in der Höhe von 350 Millionen Franken zur Vorfinanzierung von Forschungsinfrastrukturen. Andererseits soll der Bund Grundstücke für die Zwecke des nationalen Parks zur Verfügung stellen können. Nachdem der Nationalrat beiden Massnahmen mit deutlichen Mehrheiten zugestimmt hatte, hiess sie auch die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur der kleinen Kammer (WBK-S) gut.

Eine Differenz

In einem Punkt wich die WBK-S jedoch vom Nationalrat ab: Mit sechs zu drei Stimmen sprach sich die Mehrheit der Kommissionsmitglieder dagegen aus, dass Erlöse aus abgegebenen Grundstücken zugunsten aller SIP-Standorte zweckgebunden werden. Die Minderheit der WBK-S beantragt ihrem Rat die Zustimmung zum Entscheid des Nationalrats. Sie argumentiert, dass alle Regionen von zur Verfügung gestellten Bundesgrundstücken profitieren sollen.

Agentur für Innovationsförderung

Bewährte Funktion – neue Rechtsform

Die Kommission für Technologie und Innovation (KTI) soll in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden. Die neue Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse) wird die gleichen Aufgaben übernehmen wie heute die KTI. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor auf der Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft. Hinzu kommt einzig die Förderung von vielversprechenden Hochschulabsolvierenden im Bereich der Innovation. Die künftigen Kosten sollen mit den Ausgaben der KTI vergleichbar sein.

Bessere Verankerung im System

Ziel der Reform ist es, die Innovationsförderung besser im Schweizer Fördersystem

zu verankern. Institutionelles Vorbild hierfür ist der Schweizerische Nationalfonds (SNF). Strategische Führung und operative Aufgaben sollen bei Innosuisse klar getrennt sein. Die heutige Rechtsform einer ausserparlamentarischen Kommission erwies sich für die Aufgaben der KTI als suboptimal.

Die Vernehmlassung zum entsprechenden Gesetzesentwurf wurde per Ende August 2015 abgeschlossen. Der Bundesrat will die Botschaft im Laufe des Herbsts 2015 zuhanden des Parlaments verabschieden. Es ist geplant, dass die neue Schweizerische Agentur für Innovationsförderung ihre Aktivitäten per 2017 aufnehmen kann.

IN KÜRZE

Wissenschaftlicher Nachwuchs: WBK-S gegen Kommission

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) empfiehlt ihrem Rat eine Motion ihrer Schwesterkommission einstimmig zur Ablehnung. Der Vorstoss verlangt vom Bundesrat, eine Kommission für den Umbau der wissenschaftlichen Karrierestrukturen an den Schweizer Hochschulen einzusetzen. Der Nationalrat hatte dem Vorstoss im März 2015 zugestimmt.

Shanghai-Ranking 2015

Vier Schweizer Hochschulen sind im Shanghai-Ranking 2015 unter den besten 100 Universitäten der Welt klassiert: die ETH Zürich (20.) sowie die Universitäten Zürich (54.), Genf (58.) und Basel (87). Die ETH Lausanne fällt nach 2014 wieder aus den Top 100 und rangiert neu auf den Plätzen zwischen 101 und 150. Die Universität Bern wird zu den Top 200 und die Universität Lausanne zu den besten 300 Hochschulen gezählt.

PH Zürich: Heinz Rhyn wird neuer Rektor

Der Fachhochschulrat des Kantons Zürich hat den neuen Rektor der Pädagogischen Hochschule Zürich ernannt. Es handelt sich um den ausgebildeten Primarlehrer und Erziehungswissenschaftler Heinz Rhyn. Er folgt per 1. Januar 2016 auf Walter Bircher.

Forschungsinfrastrukturen: Roadmap 2015 publiziert

Der Bundesrat hat die Roadmap für Forschungsinfrastrukturen 2015 zur Kenntnis genommen. Der Bericht gibt einen Überblick über bestehende und neu geplante nationale und internationale Infrastrukturvorhaben. Die Roadmap dient der Planung der Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2017–2020.

Drei neue NFP lanciert

Der Bundesrat beauftragte den Schweizerischen Nationalfonds mit der Umsetzung von drei neuen Nationalen Forschungsprogrammen (NFP). Diese tragen die Titel «Gesundheitsversorgung», «Antimikrobielle Resistenz» und «Big Data». Für die drei fünfjährigen Programme steht ein Budget von 65 Millionen Franken zur Verfügung.

Nouria Hernandez wird Rektorin der Uni Lausanne

Der Rat der Universität Lausanne hat Nouria Hernandez zur neuen Rektorin gewählt. Die Professorin für Molekularbiologie tritt per 1. August 2016 die Nachfolge von Dominique Arletta an.

Schweizer Beteiligung an European XFEL

Die Mitglieder der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats beantragen ihrem Rat mit 17 zu 7 Stimmen, die Schweizer Beteiligung an der Forschungsinfrastrukturanlage European XFEL fortzusetzen. Vorgesehen sind jährlich 1,8 Millionen Franken für den Betrieb der in Hamburg gebauten Forschungsanlage.

ERC Advanced Grants: Schweiz auf Rang vier

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat 2014 insgesamt 190 Advanced Grants vergeben. 22 Grants gingen an fortgeschrittene Forschende in der Schweiz, die damit in der Länderwertung den vierten Rang belegt. Sieben Förderungen gehen an Forschende der ETH Zürich, je vier an die ETH Lausanne und an das Friedrich Miescher Institut. Die Universität Zürich erhält drei Advanced Grants. Je eine Förderung geht an die Universitäten Bern und der italienischen Schweiz, an das CERN sowie an die Fondazione per l'istituto di ricerca in biomedicina.

Gesetz für die Zusammenarbeit in der Bildung

Der Bundesrat hat das Gesetz über die Bildungszusammenarbeit (BiZG) in Vernehmlassung geschickt. Es stellt die gesetzliche Basis für die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Bereich der Bildung dar. So etwa bei der Förderung einer hohen Qualität sowie der Durchlässigkeit. Das BiZG wird dem Parlament im Rahmen der BFI-Botschaft 2017–2020 unterbreitet.

SNF reformiert die Projektförderung

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) reformiert seine Projektförderung. Neu werden Projekte während einer maximalen Laufzeit von vier anstatt wie bisher drei Jahren unterstützt. Ausserdem sollen die gesprochenen Beiträge flexibler eingesetzt werden können. Die Neuerungen haben zum Ziel, die Projektförderung für Forschende klarer und attraktiver zu gestalten. Die Geförderten sollen sich dadurch besser auf ihre Projekte konzentrieren können. Die Reform tritt per 1. Oktober 2016 in Kraft.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2015

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.